



Freiwilligendienste sind ein Lernfeld für eine zukunftsfähige Gesellschaft

*Politische Forderungen der katholischen
Bundesarbeitsgemeinschaft Freiwilligendienste*



Freiwilligendienste sind ein Lernfeld für eine zukunftsfähige Gesellschaft

Politische Forderungen der katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft Freiwilligendienste

Mit der finanziellen Unterstützung der Förderprogramme des Bundes konnte in den letzten Jahren sowohl im nationalen (Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), Bundesfreiwilligendienst (BFD), weltwärts Süd-Nord Komponente) als auch im internationalen Bereich (weltwärts, Internationaler Jugendfreiwilligendienst (IJFD), Europäischer Freiwilligendienst (EFD)) die Zahl der Freiwilligen zentralstellenübergreifend auf über 100.000 Freiwillige pro Jahr ausgebaut werden. Damit haben Freiwilligendienste für die Gestaltung unserer Gesellschaft einen Stellenwert erreicht, wie es ihn noch nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat.

Seit 2015 wird in besonderer Weise deutlich, dass unsere Gesellschaft vor der Herausforderung steht, Geflüchteten Angebote zur Teilhabe und Integration zu machen. Dazu leisten die Freiwilligendienste in katholischer Trägerschaft ihren Beitrag.

Das Profil der Katholischen Freiwilligendienste zeichnet sich durch die Vermittlung von Werten und Lebensentwürfen aus, die für den Zusammenhalt und damit für die Zukunft der Gesellschaft unerlässlich sind. Die Brüche und Unebenheiten des Lebens wahr- und anzunehmen, die Einladungen und Chancen, die davon ausgehen, zu spüren und sich davon berühren zu lassen und in dieser paradoxen Erfahrung die Fülle des Lebens zu entdecken, ermöglicht eine ganzheitliche Persönlichkeitsbildung und wirkt integrierend und stärkend in die Gesellschaft hinein.

Um die derzeitigen Rahmenbedingungen für die Durchführung nationaler und internationaler Freiwilligendienste zu optimieren, fordern die Träger katholischer Freiwilligendienste in Deutschland folgende Veränderungen und Verbesserungen ein.

1. Subsidiaritäts- und Trägerprinzip

Die Durchführung von Freiwilligendiensten ist eine originäre Aufgabe der Zivilgesellschaft und ihrer Institutionen. Mit der Einführung des BFD und des Förderprogramms weltwärts erhielt der Bund eine neue Rolle bei der Umsetzung von Freiwilligendiensten. Eine erfolgreiche Organisation und Durchführung der Freiwilligendienste setzt eine effektive und auf Partnerschaft beruhende Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft voraus. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips sollten Aufgaben, die andere übernehmen können, nicht vom Staat wahrgenommen werden. Dazu gehört auch, die Träger der Freiwilligendienste mit ihren spezifischen Aufgaben und Funktionen anzuerkennen.

Deshalb fordern wir:

- die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Trägerprinzips und Wahrung der Subsidiarität
- keine indirekte Steuerung durch Vorgabe von Standardindikatoren zur Wirkungsmessung
- die verlässliche Förderung von Aufgaben, die von Trägerzusammenschlüssen oder Verbänden übernommen werden
- die kritische Prüfung der vielfältigen Rollen und Funktionen des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA)
- die Überprüfung der Rolle von Engagement Global vor dem Hintergrund der Subsidiarität
- die gesetzliche Verankerung der Rechte und Pflichten von Trägern im BFD

2. Bildungsarbeit und pädagogische Begleitung in Verantwortung der Träger

Die kontinuierliche Begleitung der Freiwilligen ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil eines umfassenden pädagogischen Konzeptes, in dem die Persönlichkeitsentwicklung der Freiwilligen im Mittelpunkt steht. Im Rahmen dieses Konzeptes möchten wir durchgängig gemeinsame Seminare für Freiwillige im FSJ und im BFD anbieten. Dies wird allerdings durch den Belegungszwang der Bildungszentren des Bundes für das fünftägige Seminar zur Politischen Bildung nahezu unmöglich gemacht. Es erschließt sich uns nicht, mit welcher Begründung der Bund den freien Trägern die Kompetenz zur Durchführung des Seminars zur Politischen Bildung abspricht und hier auf seinem Monopol beharrt.

Deshalb fordern wir:

- die Übertragung der vollständigen Souveränität über die Organisation und Durchführung aller Seminartage¹ auf die zivilgesellschaftlichen Zentralstellen mit ihren Trägern

¹ Damit kann das Wahlrecht verbunden sein, eines der Bildungszentren für die Seminararbeit im Rahmen der Gesamtkonzeption zu nutzen.

3. Bürokratieabbau im Förderverfahren

Der Verwaltungsaufwand für die verschiedenen Förderverfahren ist im Bereich der nationalen und internationalen Freiwilligendienste nach wie vor sehr hoch und bindet in erheblicher Weise personelle Ressourcen der Träger.

Deshalb fordern wir:

- eine deutliche Vereinfachung des Antrags- und Nachweisverfahren sowie eine bessere Anpassung an die wirtschaftlichen und strukturellen Gegebenheiten der Träger
- die verlässliche Förderung von programmbezogenen, verwaltungstechnischen Aufgaben, die von Trägern, deren Zusammenschlüssen oder Verbänden übernommen werden durch eine angemessene Pauschale

4. Finanzierung der qualitativ hochwertigen Bildungsarbeit und Begleitung

Die katholischen Träger von Freiwilligendiensten verfolgen einen werteorientierten, erfahrungsbezogenen und ganzheitlich-emanzipatorischen Bildungsansatz, der insbesondere die Persönlichkeitsentwicklung und die Partizipation der Freiwilligen als wesentliche Faktoren im Blick hat. Die gesetzlichen und förderrechtlichen Vorgaben für die Durchführung von Freiwilligendiensten werden durch die hohen Qualitätsstandards der katholischen Trägergruppe ergänzt und mit überprüfbaren Inhalten konkretisiert.

Deshalb fordern wir:

- Erhalt der Vielfalt der Formate durch eine nachhaltige Sicherung der Bundesförderung
- eine regelmäßige Anpassung des Fördermittelumfangs an die kontinuierlich steigenden Ausgaben auf Seiten der Träger (z.B. Personal-, Übernachtungs-, Verpflegungs- und Fahrtkosten im Rahmen der Bildungsseminare)
- die Bereitstellung finanzieller Mittel zur Intensivierung des Dialoges zwischen Trägern und internationalen Partnern, da letztere den Großteil der Beiträge zur Begleitung der Freiwilligen vor Ort leisten
- eine Ergänzung des Katalogs der zuwendungsfähigen Ausgaben um das Bewerbungs- und Vermittlungsverfahren sowie die Einsatzstellenakquise

5. Stärkung der Anerkennungskultur

Jedes Jahr engagieren sich über 100.000 vorwiegend junge Menschen in einem der vielfältigen Freiwilligendienstformate im In- und Ausland und übernehmen damit gesellschaftliche Verantwortung. Dieses Engagement verdient große Anerkennung. Auch die Bundesregierung hatte sich für die laufende Legislaturperiode eine Stärkung der Anerkennungskultur in den

Freiwilligendiensten zum Ziel gesetzt. Dazu trägt u.a. der bundeseinheitliche Freiwilligenausweis bei. Die Freiwilligen selbst fordern immer wieder eine stärkere Anerkennung und Bekanntmachung ihres Engagements.

Deshalb fordern wir:

- die Ergreifung konkreter Maßnahmen durch die Bundesregierung, um gemeinsam mit Ländern, Kommunen, Unternehmen und anderen Akteuren die Anerkennungskultur für Freiwillige auszubauen und die Voraussetzungen für Vergünstigungen (z.B. Befreiung vom Rundfunkbeitrag) zu verbessern
- Erweiterung von Ermäßigungen im öffentlichen Nahverkehr
- die Anrechnung eines Freiwilligendienstes bei der Vergabe von Studien- und Ausbildungsplätzen

6. Arbeitsmarktneutralität

Freiwilligendienste sind eine besondere Form² des Engagements, der Bildung und Bestandteil des lebenslangen Lernens. Hieraus ergeben sich positiv von Arbeitsverhältnissen abzugrenzende Inhalte, die Freiwilligendienste unabhängig vom Alter der Teilnehmenden kennzeichnen. Die katholischen Träger und die ihnen angeschlossenen Einsatzstellen verpflichten sich - insbesondere auf Grundlage ihrer Qualitätsstandards - zum arbeitsmarktneutralen Einsatz von Freiwilligen.

Deshalb fordern wir:

- Freiwilligendienste nicht zu verzwecken und deutlich sichtbar von Arbeitsmarktinstrumenten abzugrenzen
- keine Begünstigung der Konkurrenz von Freiwilligen zu lokalen Arbeitskräften durch „Wirksamkeitsforderungen“ in den internationalen Förderprogrammen

7. Incoming

Immer noch werden deutlich mehr Freiwillige aus Deutschland ins Ausland entsendet, als junge Menschen aus anderen Ländern hier aufgenommen. Dabei sind Freiwilligendienste ein wertvoller Beitrag zum wechselseitigen und globalen Lernen und zur Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft. Die erfolgreiche Entwicklung und Durchführung unterschiedlicher Formate nationaler und internationaler Freiwilligendienste in katholischer Trägerschaft bietet vielfältiges Potential zur Gestaltung und Ausweitung von Aufnahmeprogrammen. Dazu sind bereits viele Instrumente (Trägerstrukturen, Förderverfahren, pädagogische Konzepte) vorhanden.

² vgl. §1 Jugendfreiwilligendienstegesetz (JFDG)

Deshalb fordern wir:

- eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Einsatz von ausländischen Freiwilligen in Deutschland
- ein verlässlicher Ausbau von Reverseprogrammen, ohne nachteilige Auswirkungen auf die Förderung bestehender nationaler oder internationaler Dienstformen
- eine Vereinfachung der Visaerteilung für Teilnehmende an Freiwilligendiensten unter Berücksichtigung adäquater und nachvollziehbarer Einreisekriterien

8. Geflüchtete Menschen in einem Freiwilligendienst

Geflüchtete Menschen heißen wir in unserer Gesellschaft willkommen. Das schließt mit ein, dass die Freiwilligendienste in katholischer Trägerschaft ihren Beitrag zur Integration Geflüchteter leisten. Der BFD sowie das FSJ sind als Lern- und Orientierungsdienst ein geeignetes Format, um Geflüchteten Teilhabe zu ermöglichen, als auch den Integrationsprozess in unserer Gesellschaft zu unterstützen. Geflüchtete bringen sich mit ihren individuellen Fähigkeiten ein und engagieren sich für andere. Für dieses Engagement braucht es angemessene Rahmenbedingungen.

Deshalb fordern wir:

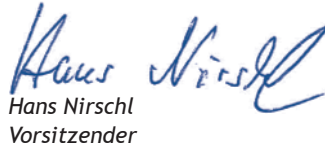
- die Ermöglichung eines Freiwilligendienstes für Geflüchtete unabhängig von der individuellen Bleibeperspektive und des Formats des Freiwilligendienstes
- Kenntnis und einheitliche Auslegung der relevanten Gesetze und Vorschriften für Geflüchtete in einem Freiwilligendienst durch die jeweils zuständigen Behörden
- die Entbürokratisierung der Antragsverfahren sowie die Verwendung von einfacher Sprache inklusive der Bereitstellung von übersetzten Formularen in der Amtssprache des Herkunftslandes der Geflüchteten
- die Überführung des Sonderprogramms nach §18 BFDG in eine Regelförderung insbesondere zur Finanzierung von Freiwilligendiensten für Menschen mit besonderem Förderbedarf
- Sowohl ausreichende deutsche Sprachkenntnisse als auch die gesetzlich vorgeschriebenen Bildungstage sind notwendig für einen Freiwilligendienst. In der Qualität und im Umfang der Begleitung von Geflüchteten in einem Freiwilligendienst können deshalb keine Abstriche gemacht werden.

Die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft Freiwilligendienste (Kath. BAG FWD) ist der Zusammenschluss der katholischen Trägerorganisationen, die nationale und internationale Freiwilligendienste durchführen. Ihre zentralen Aufgaben liegen in der politischen Interessenvertretung, der Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Ausgestaltung und Begleitung sowie der Weiterentwicklung von nationalen und internationalen Freiwilligendiensten. Die Kath. BAG FWD vertritt über 60 Träger mit jährlich etwa 1.000 Entsendungen in internationale Dienste und über 10.000 Freiwilligen im Inland. Jährlich nehmen die Trägerorganisationen - mit zunehmender Tendenz - mehr als 65 Menschen aus dem Globalen Süden auf, die in Deutschland einen Freiwilligendienst leisten.

Frankfurt, 28. September 2016



Michael Bergmann
Vorsitzender



Hans Nirschl
Vorsitzender



Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Freiwilligendienste

Geschäftsstelle:
BDKJ-Bundesstelle
Referat Freiwilligendienste
Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf
Tel.: (0211) 46 93 -175
Fax: (0211) 46 93 -120
www.kath-freiwilligendienste.de